

Stellungnahme des Akademische Senats der Freien Universität Berlin vom 14. Februar 2024

Der Akademische Senat der Freien Universität Berlin hat am 14. Februar 2024 in seiner 813. Sitzung im Rahmen des nicht öffentlich behandelten Besprechungspunkts „*Mutmaßlicher antisemitischer Überfall auf einen Studierenden der FUB am 2. Februar 2024 in Berlin-Mitte; aktuelle Situation an der FUB*“ folgende öffentliche Stellungnahme beschlossen:

„Der Akademische Senat der Freien Universität Berlin hat sich in seiner Sitzung am 6. Dezember 2023 der vom Präsidium mit E-Mail vom 5. Dezember 2023 versandten Rundmail zum terroristischen Angriff der Hamas auf Israel, zur Situation in Gaza und zu den Auswirkungen dieses Konflikts auf unsere Universität inhaltlich angeschlossen.

In Anbetracht des mutmaßlich antisemitischen, gegen einen jüdischen Studenten der Freien Universität Berlin am 2. Februar 2024 in Berlin Mitte gerichteten Angriffs mit schwerer Körperverletzung und der medialen Reaktionen darauf verleiht der Akademische Senat seiner Erwartung Ausdruck, dass das Präsidium in klaren Worten gegen antisemitische Gewalt und andere Ausdrucksformen von antisemitischem Hass und Hetze Position bezieht und geeignete Maßnahmen ergreift, um Angehörige der Universität vor antisemitischen Angriffen zu schützen. Das am 9. Februar ausgesprochene Hausverbot gegen den der Tat vom 2. Februar verdächtigen Studenten ist dazu ein geeignetes Mittel.

Der Akademische Senat unterstützt das Präsidium in seinem Bemühen, die Sicherheit aller Studierenden zu gewährleisten und offene Gesprächsräume zu erhalten. In diesem Rahmen begrüßt er die von zahlreichen Angehörigen der Universität gemeinsam mit dem Präsidium initiierten Aktionswochen gegen Antisemitismus und die Gesprächsreihe zum Nahostkonflikt. Diese Veranstaltungen sind in ein allgemein gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art gerichtetes Selbstverständnis unserer Universität eingeordnet. Der Akademische Senat erinnert daran, dass diese Aktivitäten und Kommunikationsangebote sich in die langjährige Pflege der Erinnerungs- und Mahnkultur im Hinblick auf Antisemitismus in der jüngeren und jüngsten deutschen Geschichte ebenso einreihen wie in die Gestaltung einer Zusammenarbeit mit israelischen Forschungseinrichtungen.

Ein freier wissenschaftlicher Diskurs, wie er einer Universität allein angemessen ist, lebt vom Austausch von Argumenten, der auf Informationen basiert, und davon, Meinungsunterschiede auszuhalten. Der Akademische Senat sieht alle Mitglieder der Universität aufgerufen, sich in diesem Sinne gegen Antisemitismus und für ein friedliches Miteinander einzusetzen.“